

---

## Buchbesprechungen

---

Gerhard A. Ritter, Klaus Tenfelde: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1992, 900S., 118DM.

„Dieses Buch ist der erste Abschnitt einer Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung im Deutschen Kaiserreich. Es werden insgesamt drei weitere Bände über den Zeitraum von etwa 1875 bis 1918 folgen. Davon wird ein Buch die Geschichte der Arbeiterbewegung, also der deutschen Sozialdemokratie, der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegungen, vom Gothaer Einigungskongreß der beiden sozialistischen Parteien 1875 bis zur Mitte der 1890er Jahre und ein weiteres die Anschließzeit bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges behandeln; die Kriegsjahre 1914 bis 1918 werden schließlich, unter Zusammenfassung sozial- und bewegungsgeschichtlicher

Probleme und Themen, in einem schmalen Band getrennt dargestellt. Diese Geschichte der Arbeiter im Deutschen Kaiserreich ist Teil einer umfassenden Geschichte der deutschen Arbeiter und Arbeiterbewegung von den Anfängen im Ausklang des 18. Jahrhunderts bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahre 1933. Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Bandes sind im Rahmen des Gesamtwerkes bereits zwei Bücher von Jürgen Kocka über die Sozialgeschichte der Unterschichten um 1800 und über die Arbeiter in der Frühzeit der Industrialisierung in Deutschland bis zur Gründung des Kaiserreichs sowie drei Bände von Heinrich August Winkler über Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik erschienen.“ Dies die knappe Vorstellung der Autoren zu ihrem neuen Buch, das als Band 5 im Rahmen des von der Friedrich-Ebert-Stiftung und

der Stiftung Volkswagenwerk geförder- ten und von Gerhard A. Ritter herausge- gebenen Projektes „Geschichte der Ar- beiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahr- hunderts“ erscheint; ein ehrgeiziges und von der wissenschaftlichen Bedeutung dieses Themenkomplexes aus gesehen einzigartiges Projekt mit 11 vorgesehe- nen Teilbänden, von denen jetzt 6 Bände, zum Teil in 2. Auflage vorliegen.

Mit dem jüngsten Band dieser Reihe haben zwei profunde Kenner der Ge- schichte der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung eine vorzügliche so- zialgeschichtliche Studie der Geschichte der Arbeiter zwischen 1871 und 1914 vor- gelegt, wengleich wichtige Teilbereiche - die Geschichte der Streikbewegungen, der gewerkschaftlichen, der genossen- schaftlichen und politischen Organisati- onen - noch in Folgebänden aufgegriffen werden müssen. Diese Entscheidung, die Zurückstellung der Gewerkschafts- und Organisationsgeschichte, ist im Ergebnis aber zu Recht erfolgt, konnten so doch die vielfältigen Forschungsdiskussionen der letzten Jahre über Herkunft, innere Schichtung, Lebensstandard, Familien der Arbeiter und über die Bedingungen und Formen der Lohnarbeit ausführlich dargestellt und einer kritischen Wertung unterzogen werden.

Nach einführenden Überblickskapi- teln zur Wirtschaft, Politik und Gesell- schaft im Deutschen Kaiserreich schlie- ßen sich ausführliche Darstellungen der für die Herausbildung, Entwicklung und innere Strukturierung der Arbeiterklasse wesentlichen Themen an: über den Ar- beitsmarkt, die Arbeit in Industrie und Handwerk, die Entwicklung der Einkom- men der Arbeiter, die Stabilisierung des proletarischen Milieus, der Arbeiterfami- lie und über die Rolle aller Arbeiter in Staat und Gesellschaft. Zum Schluß folgt eine zusammenfassende Darstellung zum Milieu der Arbeiter.

Der in diesem Band behandelte Zeitab- schnitt von 1871 bis 1914 ist eine Epoche, in der sich wirtschaftliche, soziale und

rechtliche Prozesse in bis dahin ungeahn- ter Geschwindigkeit entwickelten. Indu- strialisierung und Hochindustrialisie- rung, Massenwanderung von Arbeitskräf- ten, Entstehung industrieller Großbe- triebe, Sozialgesetzgebung, das Aufkom- men von Massenorganisationen der Ar- beiterbewegung sind nur einige, beispiel- haft benannte Stichworte, die diese Epo- che kennzeichnen, wobei zu berücksichti- gen bleibt, daß die Wurzeln dieser Ent- wicklungen teils bis in den Vormärz zu- rückreichen.

Ritter und Tenfelde fassen wichtige Be- reiche des sozialen Wandels der damali- gen Zeit - die selbstverständlich nicht nur die Arbeiterklasse, diese aber hauptsäch- lich erfassen — zusammen:

- Die Existenzform als Arbeiter bezie- hungsweise als Angehöriger der Arbei- terklasse wurde mit dem Durchbruch zur Industrienation eine Regelexistenz. Die Lohnabhängigkeit wurde für die überwiegende Mehrheit der Menschen ein markantes Merkmal ihres Daseins.
- Die Urbanisierung führte bei den Ar- beitern einerseits zur umfassenden Mo- bilisierung und andererseits zur Durch- setzung arbeitsteiliger Existenzformen gegenüber einer eher „ganzheitlichen ländlich-dörflichen Familienexistenz“ vorhergehender Generationen.
- Alte innergesellschaftliche Scheideli- nien, etwa der ständischen Welt, verlo- ren de facto an Bedeutung, ohne gleich- zeitig auch bewußtseinsmäßig schon überwunden zu sein.
- Neuere Differenzierungen innerhalb der Arbeiterklasse und in Abgrenzung zu anderen Erwerbsformen wurden wichtiger. Etwa die alte Trennlinie zu den Beamten und die neue zu den An- gestellten, neuere Differenzierungen durch zunehmende gewerbliche Frauen- arbeit und ethnische Gegensätze in- folge der Zuwanderung neuer Arbeits- kräfte insbesondere aus den preußi- schen Ostprovinzen und aus Osteuropa.
- Die neue Industriearbeit setzte sich mit neuen Arbeitsverrichtungen, Formen der Arbeitsorganisation, Herrschafts- und Unterordnungsverhältnissen im

Betrieb durch. Die Teilung von Arbeit und Freizeit wie die zunehmende Entfremdung der Arbeiter von den Produkten wurden zur Grunderfahrung der neuen Industriearbeit.

- Die Neueinteilung von Lebensrhythmen und Zeithaushalten, begünstigt durch die Durchsetzung der neuen Industriearbeit, Meß auch für die Lohnabhängigen, wenn auch meist nur als Zukunftsvision, die Möglichkeit einer sehr allmählichen freieren Verfügung des Menschen über sich selbst erkennen.

Bei der Frage nach der relativen Einheit der Arbeiterklasse stellen die Verfasser fest, daß sich die innere Schichtung der Arbeiterklasse zunehmend differenziert und die Arbeits- und Daseinsbedingungen für Arbeiter im Kaiserreich sich deutlich verbessert hätten. Andererseits habe sich aber die Klassenbildung verfestigt, da die Arbeiter nicht so gestellt wurden, „daß sie, von Sorgen um den Lebenserhalt befreit, in einem grundsätzlichen Sinn Staatsbürger mit allen Chancen, die andere wahrnahmen, werden konnten [...]“. Behält man die gesellschaftliche Entwicklung im Auge, so nahm die relative Deprivation der Arbeiterklasse eher zu. Sie läßt sich indessen nicht so sehr an den materiellen Verhältnissen messen: das Urteil zielt vielmehr auf die Gesamtschau, und es begründet sich deshalb, weitestgehend, im rechtlichen Status und gesellschaftlichen Ansehen der Arbeiter, in den politischen Mitbestimmungschancen und den Möglichkeiten zur Gestaltung individueller Lebensziele (...). Die Unterscheidbarkeit der Arbeiterklasse in der Gesellschaft, ihre innere Homogenität und ihre Abgrenzbarkeit nach außen nahm zu — nicht wegen der, sondern entgegen den zunehmend differenzierenden Entwicklungen in der Lohnarbeit an sich. Die Gesellschaft des Kaiserreichs, und zumal ihre politischen Eliten, entfalteten nur sehr zögernd und allenfalls in marginalen Bereichen eine Fähigkeit und den Willen zur Integration der ‚homines novi‘ des Industriezeitalters. [...] Die deutsche Arbeiterklasse“, so schlußfolgern die

Autoren, „läßt sich deshalb in der Zeit des Kaiserreichs besser, durch klarere Scheidelinien, von anderen Klassen und Schichten der Gesellschaft unterscheiden als die Arbeiterklasse in den meisten anderen industrialisierenden Staaten.“ (S. 790 f.)

Besonders deutlichen Ausdruck gewann diese Nichtintegration in der Ausformung eines umfassenden Vereinswesens der Arbeiterbewegung in der Arbeiterkulturbewegung überhaupt - eine der wesentlichen Stützen aus der die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Kraft und Eigenständigkeit bezog. Die Arbeiterklasse in Deutschland war einem inneren Differenzierungsprozeß unterzogen, sie erhielt auf der einen Seite Zuwachs von neuen Arbeitergruppen, während andererseits Teile der Arbeiterklasse den sozialen Aufstieg „letztlich nach Bürgerlichen' Existenzformen“ anstrebten: Eine Arbeiterklasse im Übergang (S. 838).

Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß Ritter und Tenfelde ein neues Standardwerk vorgelegt haben. Anschaulich geschrieben, informativ im Abwägen älterer, nicht notwendig überholter, mit der neueren Forschungsdiskussion und souverän im Umgang mit der auf das Wesentlichste beschränkten Darstellung der kaum noch überblickbaren Literatur.

Joachim Heinz  
Dudweiler

Hermann G. Abmayr, Wir brauchen kein Denkmal. Willi Bleicher: Der Arbeiterführer und seine Erben. Silberburg-Verlag, Stuttgart 1992, 144 S., 19,80DM.

Es gehört Mut dazu, gerade jetzt über einen „kommunistischen“ Gewerkschafter zu schreiben, wo die Ausweitung der ostdeutschen Archive am Anfang steht und in vielen Fragen neue Perspektiven zu erwarten sind. Hermann G. Abmayr schildert Willi Bleicher, den legendären, langjährigen Stuttgarter IG-Metall-Betriebsleiter (1959-1972) als Repräsentanten der alten Arbeiterbewegung. Wichtige, nahezu idealtypische Merkmale im Auf-

treten der alten Arbeiterführer, spiegeln sich in Abmayrs Charakterisierung Willi Bleichers wider: Seine betonte Männlichkeit, ein autoritärer bis willkürlicher Führungsstil, ein Leben für die Organisation, eine durch unmittelbare Erfahrung geprägte und instinktgeleitete Handlungsorientierung, eine spartanische Lebensweise (die nicht selten eine gewisse Doppelmoral besitzt), eine charismatische Ausstrahlung, der Facharbeitermythos, eine scheinbar klare Optik auf die politischen Herrschaftsverhältnisse und der feste Glauben an den Sozialismus.

Bleicher ist in proletarischen Verhältnissen aufgewachsen, seine politische Bildung reifte - jenseits der bürgerlichen Ausbildungseinrichtungen - in den eigenen Lebenserfahrungen, vor allem in den politischen Fraktionskämpfen der zwanziger und dreißiger Jahre. Seine politische Prägung festigte sich während der Haftjahre im Konzentrationslager Buchenwald (1938-1945).

Bleichers politisches Denken orientierte sich in starkem Maße an den Transformationsvorstellungen marxistisch-leninistischer Herkunft. Diese Perspektive, eine Verbindung aus Analytik und Normativität, prägte seine Mentalität, war so etwas wie eine zweite Haut, ein Kompaß zur Standortbestimmung. Gerade da, wo dieser Kompaß der Differenziertheit realer Verhältnisse nicht zu entsprechen schien, sorgte er für Übersichtlichkeit. Auf der psychologischen Ebene fand diese Optik im dezidierten Willen Bleichers zur Macht ihren Ausdruck. Gleichwohl war Bleicher als konkret handelnder Akteur eher pragmatisch und instinktiv ausgerichtet. So besaß er jenseits aller Verbalradikalität ein außerordentlich hohes Maß an Einfühlungsvermögen in politische Handlungsspielräume, die er geschickt auszunutzen wußte. Er war ein Taktiker und Fuchs.

Abmayr vertritt die These, daß Bleicher ein widersprüchlicher Mensch gewesen sei. Dabei sucht er diese Widersprüchlichkeit aber auf einer Ebene nachzuweisen, die dafür nicht geeignet ist: „Er ver-

trat kommunistisches Gedankengut, verhielt sich aber eher anarchistisch, unberechenbar: ein Polterer, der mit allen Streit anfangen konnte" (S. 6). Dahinter steht, wenn ich es richtig interpretiere, die Auffassung, daß kommunistisches Denken in starkem Maße durch Disziplin, Loyalität und Berechenbarkeit bestimmt ist. Demgegenüber verhalte sich Bleicher häufig undiszipliniert und unberechenbar.

Hierzu ist festzustellen, daß Bleicher nach außen hin - bis auf wenige Ausnahmen - die offizielle Linie gewerkschaftlicher Beschlußlagen zum Maßstab seiner Politik machte. Für den Vorstand in Frankfurt war Bleicher immer eine verlässliche Bank; weder unberechenbar noch ein Polterer, der mit jedem Streit anfing. Anders war dagegen sein Verhalten gegenüber den eigenen Funktionären und manchen aktiven Mitgliedern. Hierfür nennt Abmayr auch einige Beispiele von willkürlichem, autoritärem Verhalten: Einmal verfolgt Bleicher die „jungen Revolutionäre" von '68, ein andermal verhindert er den Ausschluß eines jungen Maoisten. Einmal demütigt er einzelne Sekretäre, schließlich unterstützt er die gleichen Leute wieder. Aber die Beispiele deuten weniger einen Widerspruch, als ein komplementäres Verhältnis an. Nach allem, was man über die Realität kommunistischer Politik weiß, gehören diese von Abmayr als Gegensatzpaare angefügten Attribute zusammen: Einerseits praktizierte Bleicher eine nahezu religiöse Verehrung der eigenen geistigen Väter und verhielt sich loyal gegenüber den ranghöheren Funktionären der Arbeiterbewegung. Auf der anderen Seite standen Willkür und gönnerhafte Posen gegenüber den rangunteren Sekretären.

Aus der Perspektive der Gewerkschaftsforschung kann Bleicher als idealtypischer Repräsentant der alten Arbeiterbewegung beschrieben werden. Durch die Politik der KPD (nach 1945) wird das politische Aktionsfeld von Willi Bleicher auf die Gewerkschaften reduziert. Und die Gewerkschaft wird für ihn damit quasi zur politischen Partei. Diese Perspektive

teilte Bleicher mit einem großen Teil der traditionellen Linken in der Nachkriegszeit.

Das interessante an Bleicher ist seine spezifische Querköpfigkeit, die von ihm besonders gepflegt und dramatisiert wurde. Um seine eigenwillige Art ranken sich Mythen und Legenden, die einen Einblick in das Verhältnis zwischen Führer und Basis vermitteln können. Insofern kann das besondere an Bleichers politischer Biographie ein wichtiger Schlüssel für die Interpretation gewerkschaftlicher Binnenstrukturen in der Bundesrepublik sein und die Beschäftigung mit seiner Person kann zu einem besseren Verhältnis des Endes der alten Arbeiterbewegung beitragen.

Die Widersprüchlichkeit Bleichers liegt in der Spannung zwischen seinen ideologischen Grundprämissen und seiner realen gewerkschaftlichen Alltagsarbeit. Da er sein politisches Handeln im Kontext eines säkularisierten Gegenglaubens interpretierte, versperrte er sich die Möglichkeit, seine eigene erfolgreiche Alltagsarbeit in ihrem Entstehungszusammenhang zu interpretieren. Dies ist um so bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß Bleicher durch sein Handeln mit dazu beigetragen hat, die sozialen, demokratischen und rechtsstaatlichen Elemente in der bundesdeutschen Gesellschaft zu stabilisieren und zu stärken.

Bleicher besaß keine Sprache, die die Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns aus der Perspektive des Bestehenden begreifen und deuten konnte. Sein Blick war auf das noch nicht Erreichte gerichtet. Gleichwohl hat diese starre Fixierung auf eine „andere Gesellschaft“ dazu beigetragen, daß sein Handeln letztlich politisch erfolgreich war. Das ist die produktive Ungleichzeitigkeit, die diesen Widerspruch zwischen Deutung und Handeln bei ihm prägte. Dieser Widerspruch ist zwar typisch für ganze Generationen von Gewerkschaftsfunktionären und anderen Linken, die ihr Handeln an der Überwindung des Kapitalismus orientierten, es gab aber nur wenige, die das Glück hatten, an der „richtigen Stelle“ zu stehen.

Der „Volkstribun“ Bleicher ging holzschnittartig vor. Mit seiner Härte und Autorität, seiner Reputation als Widerstandskämpfer und erfahrenem Strategen konnte er dem Wunsch nach Verteilungsgerechtigkeit in den fünfziger und sechziger Jahren eine deutliche Stimme geben. Bleicher konnte nur Bleicher sein, weil die aktive Mitgliedschaft einen starken „Führer“, der sich mit Legenden umgab, wollte oder zumindest akzeptierte.

Bleicher hinterläßt uns die Erinnerung an Erfolge und Mißerfolge, die mit seinem Namen verbunden sind. Dagegen bleibt jenseits der Anekdoten kaum ein grundsätzlicher Gedanke zurück, der originär an seine Person zu knüpfen wäre und zugleich als orientierende Kraft für die Zukunft wirkt. Dieses „Schicksal“ teilt er mit nahezu allen Menschen des öffentlichen Lebens, die ihre Arbeitskraft für die praktische Politik einsetzen. Zudem haben sich die Bedingungen so fundamental gewandelt, daß selbst die normativen Grundideen der Arbeiterbewegung heute inhaltlich anders gefüllt werden müssen als noch vor zwanzig oder dreißig Jahren.

Problematisch an Abmayrs Bleicher-Biographie ist die Bewertung der KPD-Politik nach 1945: Zuweilen wird hier der Eindruck vermittelt, als sei die KPD das integere und die Sozialdemokratie das willkürlich brutale Element in der innerlinken Kontroverse. Damit steht Abmayr im Konsens mit vielen „romantischen“ Darstellungen der siebziger Jahre. Diese Interpretation der KPD-Politik und der sozialdemokratischen Reaktion darauf ist aber nur möglich, indem das reale Auftreten der KPD verharmlost, und die politische Entwicklung in der DDR ausgeblendet wird. Denn neben allen historischen Vorbelastungen war der Umgang der SED mit den Sozialdemokraten in der SBZ/DDR maßgeblich für das Verhalten der SPD und des DGB gegenüber der KPD.

Diese Arbeit kann und will keine solide wissenschaftliche Biographie ersetzen. Teilweise erliegt der Autor sogar der Gefahr, das Denkmal, das er einreißen will,

zu pflegen und die Widersprüchlichkeit der Person falsch zu profilieren. Doch im Vordergrund steht die pädagogische Leistung Abmayrs: der gelungene Versuch, mit dieser Monographie für jene konservativen Funktionäre, denen Bleicher ein unhinterfragbares Denkmal war oder ist, eine Brücke zu bauen, über die sie zu einem aufgeklärteren Umgang mit ihrem Idol und mit den Grundlagen ihrer eigenen Politik kommen können.

Wolfgang Schroeder  
Frankfurt/M.

Peter Grafe: Tradition & Konfusion - SPD. Alle Macht den Profis. Eichborn Verlag, Frankfurt/M. 1991, 122 S., 18 DM.

Politischen Parteien fällt es offenbar schwer, mit dem gesellschaftlichen Wandel Schritt zu halten. Gerade eine alte Partei wie die SPD, in der Tradition und Geschichte großgeschrieben werden, macht da keine Ausnahme. Die Fähigkeit der SPD zu einer wirkungsvollen Parteireform ist denn auch das Thema des freien Journalisten und früheren taz-Reporters Peter Grafe, der vor einigen Jahren bereits ein Buch zur Modernisierung der CDU vorgelegt hat. Der Autor beleuchtet Stärken und Schwächen der sozialdemokratischen Wahlkampfkonzepte seit Kriegsende. Immer wieder habe die Partei das nötige Gespür für Stimmungslagen in der Bevölkerung vermissen lassen. Den Einbruch von Lafontaine bei der Bundestagswahl deutet Grafe als Resultat einer tiefen emotionalen Verunsicherung gegenüber der deutschen Einheit.

Ausführlich zur Sprache kommen historisch gewachsene Strukturen und Praktiken der SPD, die von Grafe als Handicap ihrer Mehrheitsfähigkeit gesehen werden. Dazu zählen der Zwiespalt, staatstragend und zugleich oppositionell sein zu wollen, und der „Verlust der Utopie von einer besseren Welt“ (S. 26). Die Sozialdemokratie manövriere sich als „Folge ehemals proletarischer Minderwertigkeitskomplexe“ (S. 26) in eine Defensivposition, und dies ohne Not, denn für

Grafe „ist der Grundkonsens der Bundesrepublik längst ein sozialdemokratischer“ (S. 28). Der ritualisierte Schulteranschlag der SPD mit den Gewerkschaften erscheint als Relikt einer Arbeiterpartei, der es infolge tiefgreifender Veränderungen der Industriegesellschaft nicht mehr gelingen kann, die Bevölkerung entügend der alten sozialen Fragen zu politisieren. Mehrheitsfähigkeit der SPD heißt für Grafe letztlich nicht weniger als Verzicht auf ihr Selbstverständnis als Partei der sozialen Gerechtigkeit. Daß dabei gelegentlich auch Solidarität und Filz nur zwei Seiten einer Medaille sein können, wird am Beispiel des Strukturwandels in der SPD-Hochburg Essen vorgeführt.

Über weite Strecken behandelt das Buch die aktuellen Integrationsprobleme der SPD. Um sich in einer Zeit der Individualisierungsschübe und der Differenzierung von Lebensstilen als Volkspartei behaupten zu können, führe an einer „habituellen und stilistischen Entproletarisierung der SPD“ (S. 59) kein Weg vorbei. Schonungslos legt Grafe einige „selbstorganisierte und gut eingespielte operative Defizite“ (S. 94) der „Firma SPD“ offen: eine übertriebene Geschlossenheit, die Abgehobenheit von Funktionären, die „Ochsentour“ als herkömmliches Karrieremuster und personelle Verkrustungen durch zu viele Langzeitabgeordnete. Die aufgespürte Ursache der andauernden Lernschwäche der Partei wiegt schwer: „Es fehlt der SPD das strukturell verankerte Sensorium für gesellschaftliche Neuerungen“ (S. 93).

Grafe verlangt mehr Wirklichkeitssinn und den Umbau der Partei zu einer professionellen politischen Dienstleistungsfirma. Nicht Versorgungsmentalität, sondern ausschließlich Fachkompetenz sollte die Rekrutierung der Parteiliten bestimmen. Kommunikative Kompetenz werde zum entscheidenden Schlüssel einer modernen Außendarstellung der SPD im Medienzeitalter. Zu Glaubwürdigkeit und Erfolg eines Politikers ver helfe nicht die höhere Moral und das bessere Programm, sondern das modischere Outfit, die ge-

wandtere Rhetorik, das schönere Kandidatenphoto, der mutigere TV-Auftritt und der bewußte öffentliche Verstoß gegen die Beschlußlage. Eine derart „zeitgemäße Form kommunikativer Realitätstüchtigkeit mit aufklärerischer Nebenwirkung“ (S. 117) verkörpert für Grafe musterhaft Oskar Lafontaine.

Zur gerade angelaufenen parteiinternen organisationspolitischen Reformdebatte der SPD steuert der Autor mit seinen Thesen wichtige Anregungen bei. Dies läßt übrigens der gleichermaßen einfalllose wie schräge Titel des Buches zunächst nicht unbedingt erwarten. Die eine oder andere unbequeme Wahrheit, die der Autor ausspricht, hat man durchaus auch schon einmal aus dem Munde prominenter SPD-Politiker gehört. Insofern rennt Grafe wohl mit seinem Modernisierungsappell bei der SPD viele offene Türen ein. In der guten Absicht, ohne taktische Rücksichtnahmen zu provozieren, erliegt er freilich stellenweise der Neigung, seine Thesen und Argumente vorschnell zu verallgemeinern und einseitig zuzuspitzen. Grafe übersieht, daß einem professionellen Management in der SPD die strukturellen Grenzen aller sogenannten Nonprofit-Organisationen gesetzt sind. Eine Partei ist eben keine hierarchische, am Markt orientierte wirtschaftliche Unternehmung, sondern eine komplexe Mitgliederorganisation, für die die Suche nach dem goldenen Mittelweg zwischen Demokratie, Effizienz und Innovation in der Regel eine konfliktreiche Gratwanderung darstellt. Keine noch so konsequente Organisationsreform wird

verhindern können, daß es in der Partei „menschelt“, wenn Funktionäre ehrgeizig um die Durchsetzung von Inhalten ringen, im Konkurrenzkampf um Einfluß Niederlagen und Verletzungen erleiden, oder bei der Wahl von Führungsgremien auch Ellenbogen, Gefühle und Eitelkeiten im Spiel sind. Grafe begreift nicht, daß derartig bedingter Effizienzverlust zu den unvermeidbaren Begleiterscheinungen einer demokratischen Willensbildung gehört - da mag die Kultur des politischen Streits noch so ausgefeilt sein. Der Autor widerspricht sich selbst, wenn er einerseits die SPD von ihrer Fixierung auf soziale Kompetenz abbringen will, andererseits aber Verantwortung für die Opfer der Zweidrittelgesellschaft als strukturbildendes Merkmal der Parteienprofilierung ausgibt. Daß seine Vorschläge zur Professionalisierung zum Teil erhebliche Konsequenzen für die Parteienfinanzierung hätten, kommt ihm leider nicht in den Blick.

Dennoch: Allen Organisationspolitikern in der SPD (und beileibe nicht nur dort!) kann das Buch als engagierte und kenntnisreiche, manchmal ketzerische Einmischung in die Debatte über Funktionsmängel und Legitimationsprobleme unserer politischen Parteien ans Herz gelegt werden. Wer Anstöße geben will, wird auch Anstoß erregen. Beides gelingt diesem konzentrierten Essay. Die „Modernisierer“ in der SPD können nach der Lektüre ermutigt in die Auseinandersetzung mit den „Traditionalisten“ gehen.

Martin Mendler,  
Esslingen